Deutscher Bundestag **Drucksache 16/650**
16. Wahlperiode 15. 02. 2006

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Arnold Vaatz, Ulrich Adam, Peter Albach, Günter Baumann, Veronika Bellmann, Klaus Brähmig, Monika Grütters, Manfred Grund, Uda Carmen Freia Heller, Bernd Heynemann, Robert Hochbaum, Susanne Jaffke, Dr. Peter Jahr, Dr. Hans-Heinrich Jordan, Jens Koeppen, Manfred Kolbe, Hartmut Koschyk, Michael Kretschmer, Andreas G. Lämmel, Katharina Landgraf, Dr. Michael Luther, Maria Michalk, Bernward Müller (Gera), Henry Nitzsche, Ulrich Petzold, Eckhardt Rehberg, Katherina Reiche (Potsdam), Dr. Norbert Röttgen, Peter Rzepka, Ingo Schmitt (Berlin), Michael Stübgen, Antje Tillmann, Volkmar Uwe Vogel, Andrea Astrid Voßhoff, Marco Wanderwitz, Kai Wegner, Karl-Georg Wellmann, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Stephan Hilsberg, Andrea Wicklein, Ernst Bahr (Neuruppin), Doris Barnett, Klaus Uwe Benneter, Petra Bierwirth, Volker Blumentritt, Dr. Gerhard Botz, Dr. Peter Danckert, Detlef Dzembritzki, Annette Faße, Rainer Fornahl, Iris Gleicke, Wolfgang Gunkel, Hans-Joachim Hacker, Petra Heß, Iris Hoffmann (Wismar), Klaas Hübner, Brunhilde Irber, Ulrich Kasparick, Christian Kleiminger, Ernst Kranz, Angelika Krüger-Leißner, Dr. Uwe Küster, Ute Kumpf, Dirk Manzewski, Markus Meckel, Petra Merkel (Berlin), Marko Mühlstein, Detlef Müller (Chemnitz), Mechthild Rawert, Steffen Reiche (Cottbus), Maik Reichel, Christel Riemann-Hanewinckel, Silvia Schmidt (Eisleben), Carsten Schneider (Erfurt), Olaf Scholz, Swen Schulz (Spandau), Reinhard Schultz (Everswinkel), Rolf Schwanitz, Dr. Margrit Spielmann, Jörg-Otto Spiller, Dr. Ditmar Staffelt, Andreas Steppuhn, Wolfgang Thierse, Simone Violka, Jörg Vogelsänger, Dr. Marlies Volkmer, Andreas Weigel, Petra Weis, Gunter Weißgerber, Engelbert Wistuba, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/6000 –

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2005

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

15 Jahre nach der Wiedererlangung der politischen Einheit Deutschlands gibt der Blick auf die Entwicklung in den neuen Ländern ein differenziertes Bild, aber auch Anlass zu Optimismus.

Positiv ist hervorzuheben, dass die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft gestiegen, die Exportquote angewachsen und leistungsstarke regionale Wachstumskerne entstanden sind. In Ostdeutschland wurde eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur aufgebaut, das Telekommunikationsnetz gehört zu den modernsten in Europa. Die neuen Länder haben auch beim Aufbau des Tourismus eindrucksvolle Leistungen erbracht und verfügen vielerorts über die modernsten Hotels und neuesten Gesundheits- und Wellnesseinrichtungen Deutschlands. In den Städten und Kommunen spiegeln sich 15 Jahre Aufbauleistung in sanierten Stadtkernen, modernen Gebäuden und neuentstandenen Gewerbegebieten. Erreicht wurde dies alles durch den Leistungswillen der Menschen und durch die gewaltige solidarische Unterstützung des ganzen Landes.

Die Herausforderungen sind aber immer noch groß. Vor allem die Lage am Arbeitsmarkt ist trotz der positiven Entwicklung in einigen Wirtschaftszweigen immer noch sehr angespannt. Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland lag im Jahresdurchschnitt 2005 bei 18,8 Prozent. Angesichts dieser Situation müssen die Bemühungen verstärkt und alle Instrumente genutzt werden, die zur Vermittlung in ungeförderte Beschäftigung beitragen oder die Beschäftigungsfähigkeit erhalten. Insbesondere für Langzeitarbeitslose mit geringer Qualifikation sollten weitere Möglichkeiten geprüft werden, um neue Beschäftigung zu schaffen.

Eine besondere Herausforderung für die neuen Länder ist die demografische Entwicklung, weil die anhaltende Abwanderung junger und besser qualifizierter Menschen auch zu einer veränderten Qualifikationsstruktur in den ländlichen Gebieten führt. Neben der Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt in Ostdeutschland können auch Investitionen in Bildung sowie in die soziale und kulturelle Infrastruktur dazu beitragen, Abwanderung zurückzuführen.

Angesichts dieser Bilanz steht Deutschland weiterhin vor gewaltigen Herausforderungen. Bei der Politik für die neuen Länder muss es künftig darum gehen, die Abwanderung zu bremsen und Entwicklungsmöglichkeiten in den Regionen zu eröffnen.

- Entscheidend ist dafür in erster Linie der Zugang zu guter Schulbildung und passgenauer Aus- und Weiterbildung.
- Für die Entwicklung der Regionen heißt das, die eigenen Potenziale und Fähigkeiten zu erkennen, auszubauen und zu stärken.
- Für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet dies die Abkehr vom „Gießkannenprinzip“ und die konsequente Förderung von Schwerpunkten und Clustern.

Dazu sind stabile und verlässliche Förderstrukturen notwendig. Die Bundesregierung sollte deshalb, wie im Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2005 dargestellt, ihre speziell auf die Problemlagen Ostdeutschlands ausgerichtete Förderpolitik mit den Schwerpunkten: Investitionsförderung, Innovationsförderung und Ausbau der Infrastruktur fortsetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Die im Solidarpakt II vorgesehenen Mittel für die Förderung der ostdeutschen Länder in der vereinbarten Höhe von insgesamt 156 Mrd. Euro bereitzustellen und insbesondere:
   - sich hinsichtlich der Mittelverwendung im Korb I mit den neuen Ländern rechtzeitig vor der Erstellung der Fortschrittsberichte für das erste Solidarpaktjahr 2005 über Definitionen und inhaltliche Gestaltung der jährlichen Berichterstattung zu verständigen. Für den Aufbau Ost ist es von großer Bedeutung, dass die neuen Länder die erhaltenen Mittel solidarpaktgerecht einsetzen.

– die im Korb II des Solidarpakts II vorgesehenen überproportionalen Mittel für die Förderung der ostdeutschen Länder in der vereinbarten Höhe bereitzustellen und sich mit den neuen Ländern zeitnah über die relevanten Politikfelder abzustimmen. Hierbei soll dem Interesse der ostdeutschen Länder an Planungssicherheit Rechnung getragen werden;

2. gemeinsam mit den neuen Ländern die dort vorhandenen Stärken und Entwicklungspotenziale zu fördern und durch Optimierung des Mitteleinsatzes von Bund, Ländern und Europäischer Union die spezifischen Wachstumschancen der neuen Länder zu verbessern. Insbesondere soll die Investitionsförderung auf regionale und branchenspezifische Schwerpunkte konzentriert werden. Das wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenzial der ostdeutschen Länder gewinnt dadurch im europäischen Wettbewerb an Profil;

3. die für die Schaffung einer modernen und wettbewerbsfähigen Infrastruktur beschlossenen Verkehrsprojekte Deutsche Einheit im Interesse der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern nach Maßgabe des Haushalts vorrangig zu realisieren;

4. die Wirtschafts- und FuE-Förderung in Ostdeutschland auf hohem Niveau fortzuführen und dabei die Förderpolitik durch einen integrativen Einsatz des gesamten Förderinstrumentariums im Dialog mit den Ländern weiterzuentwickeln. Dazu zählen vor allem die Investitions-, Forschungs- und Infrastrukturförderung, die Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik sowie Deregulierung und Bürokratieabbau. Die Notwendigkeit einer weiterhin hohen nationalen Strukturförderung in Ostdeutschland ergibt sich insbesondere auch aus der Tatsache, dass die EU-Fördermittel ab 2007 abgesenkt werden;

5. die Investitionszulage in bisheriger Höhe zu verlängern, damit Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und der produktionsnahen Dienstleistungen mit dieser sicheren Basisförderung leichter und umfangreicher wachstumsrelevante und Arbeitsplätze schaffende Investitionen tätigen können;

6. dafür Sorge zu tragen, dass die neuen Länder auch weiterhin Investitionen in die bereits ansatzweise vorhandenen Unternehmenscluster in ausreichender Höhe unterstützen können und die geforderte Weiterentwicklung einer flexiblen Förderstrategie z. B. in Richtung Clustermanagement und Markteinführung innovativer Produkte mit genügend Mitteln umsetzen können;

7. die Mittelstands- und Existenzgründungsförderung entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft mit Förderpräferenzen für die neuen Länder weiterzuentwickeln. Insbesondere müssen bis Mitte 2006 Vorschläge für eine erleichterte Bildung von Eigenkapital, eine bessere Kreditversorgung und ein hinreichend breites Angebot an Wagniskapital gemacht werden;

8. die Werbung ausländischer Investoren in Zusammenarbeit mit dem IIC-Industrial Investment Council zu intensivieren, um durch eine bessere Einbindung der ostdeutschen Wirtschaft in die internationalen Absatz-, Beschaffungs- und Innovationsnetzwerke Arbeitsplätze zu schaffen;

9. weiterhin einen deutlichen Schwerpunkt bei der Innovations- und Forschungsförderung zu setzen und dabei durch geeignete Fördermaßnahmen die Industrieforschung der klein- und mittelständischen Unternehmen zu stärken sowie die Förderung innovativer Netzwerke auf hohem Niveau fortzuführen. An den im Rahmen der „High-Tech-Strategie Deutschland“ für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zusätzlich bereit gestellten 6 Mrd. Euro sind die neuen Länder angemessen zu beteiligen. Die Kommunikation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ist mit geeigneten Mitteln zu verbessern;

10. bei der Ansiedlung neuer internationaler Großgeräte die neuen Bundesländer angemessen zu berücksichtigen und die Ansiedlung des deutschen Biomasse-Forschungszentrums in Ostdeutschland wie im Koalitionsvertrag angekündigt zu vollziehen;
11. den Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs auch in den kommenden Jahren fortzuführen. Besonders vor dem demografischen Hintergrund ist es in Ostdeutschland nicht nur aus sozialen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen unabdingbar, allen Jugendlichen die ausbildungsfähig und -willig sind, eine Ausbildung zu ermöglichen. Im Rahmen des Paktes bleibt das Ausbildungsplatzprogramm Ost ein unverzichtbarer Bestandteil. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit den ostdeutschen Ländern für eine einvernehmliche Lösung bei der Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen zu sorgen;
12. Vorschläge zu unterbreiten, die insbesondere gering Qualifizierten zum Beispiel über Kombilöhne den Weg in Beschäftigung und Qualifizierung ebnen. Bei der Verteilung der Bundesmittel für die Eingliederung von ALG II-Empfängern sollte angesichts der besonders hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland darauf geachtet werden, dass der überproportionale Anteil dieser Mittel für die neuen Bundesländer aufrechterhalten wird;
13. entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag strukturschwachen, also insbesondere den neuen, Ländern die Möglichkeit zur zeitlich befristeten Abweichung von bundesgesetzlichen Regelungen zu ermöglichen, um so ihren spezifischen Strukturproblemen besser gerecht werden zu können und dazu eine interministerielle Arbeitsgruppe einzurichten;
14. gemeinsam mit den Ländern ein Programm „Zukunft Region“ zu entwickeln, mit dem besonders von Abwanderung betroffenen Regionen dabei geholfen werden kann, ihre vorhandenen Potenziale und Fähigkeiten auszubauen und zu stärken sowie neue Wege für den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur zu gehen. Angesichts der demografischen Entwicklung sind neue Lösungsansätze u. a. in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur, medizinische Versorgung, Aus- und Weiterbildung erforderlich;
15. entsprechend den von der unabhängigen Föderalismuskommission getroffenen Festlegungen neue Bundeseinrichtungen und Institutionen vorrangig in den neuen Ländern anzusiedeln. In gleicher Weise soll die Bundesregierung in ihren Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen für einen Standort in den neuen Ländern werben;
16. Ostdeutschland als Bildungs- und Wissenschaftsregion zu entwickeln und an der gemeinsamen Verantwortung für die Hochschulen und die Forschungsförderung festzuhalten. Es ist notwendig, die seit 1990 eingeleitete Aufbaupolitik im Wissenschaftsbereich konsequent fortsetzen und die Studierendenzahlen zu steigern. Denn Wissenschaftseinrichtungen und qualifizierte Fachkräfte spielen eine herausragende Rolle bei der Infrastruktur- und Wirtschaftsentwicklung sowie der Ansiedlung und Neugründung von Unternehmen. Durch diese Strategie kann auch den negativen Auswirkungen der demografischen Entwicklung entgegengewirkt werden;
17. die erfolgreichen Programme Stadtumbau Ost und Soziale Stadt auf höherem Niveau mit der Zielsetzung fortzusetzen, die Verminderung des Wohnungsleerstandes und den Rückbau mit der Aufwertung von Stadtquartieren zu verknüpfen;
18. die erfolgreiche touristische Entwicklung weiter zu fördern, um insbesondere den Kaufkrafttransfer durch Besucher aus den alten Bundesländern sowie aus dem Ausland zu stabilisieren bzw. zu erhöhen. Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) soll deshalb bei ihrer Auslandsvermarktung des

Tourismusstandortes Deutschland ihre vielfältigen Aktivitäten zur Vermarktung ostdeutscher Ferienregionen fortsetzen und intensivieren, um den erheblichen Nachholbedarf der neuen Länder beim Anteil des Ausländerreiseverkehrs nach Deutschland gegenüber den alten Ländern auszugleichen. In vielen strukturschwachen Regionen ist der Tourismus oftmals der Motor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit unverzichtbaren Impulsen für den lokalen Arbeitsmarkt, von dem auch nachgelagerte Bereiche wie der Einzelhandel, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, das Transportgewerbe und der Kulturbereich profitieren;

19. die enormen Entwicklungs-, Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale in der ostdeutschen Landwirtschaft durch entsprechende Rahmenbedingungen zu fördern, die sich durch den nachhaltigen Anbau sowie durch die energetische und stoffliche Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen sowie durch den Ausbau des ländlichen Tourismus ergeben. Schon jetzt befinden sich mehr als die Hälfte der Flächen, auf denen nachwachsende Rohstoffe in Deutschland angebaut werden, in Ostdeutschland;

20. bei ihrer Energiepolitik die Bedeutung Ostdeutschlands für Versorgungssicherheit, einen ausgewogenen Energiemix sowie für Innovationen im Bereich einer modernen und nachhaltigen Energieversorgung zu berücksichtigen. Das bezieht sich auf die Absicherung einer möglichst umweltfreundlichen Gewinnung und Nutzung der Braunkohle, die Verstärkung der Hochspannungsnetze und deren bessere technische Verknüpfung mit Westdeutschland, sowie die Stärkung der technologischen Ketten bei Erforschung, Entwicklung und Nutzung der erneuerbarer Energien;

21. die Situation der Opfer der SED-Diktatur durch wirksame Maßnahmen zu verbessern. Die hierzu im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD getroffenen Vereinbarungen sollen zügig umgesetzt werden. Soweit gesetzliche Regelungen dafür erforderlich sind, sollen kurzfristig Regelungsvorschläge unterbreitet werden.

Berlin, den 15. Februar 2006

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333